

## PUTIN ERFREUT ÜBER DIE WAHL VON TRUMP

Der russische Präsident Wladimir Putin zeigte sich erfreut über den Ausgang der US-Wahlen und betonte, dass er bereit sei, die Beziehungen zu den USA wieder zu intensivieren. Donald Trump hatte bereits im Wahlkampf häufig Putins Führungsstärke gelobt und eine Kooperation im Kampf gegen den Islamischen Staat gefordert.

Nachdem der russische Vize-Außenminister Sergej Rjabkow zugegeben hatte, dass es bereits Kontakte zwischen der Regierung und dem Wahlkampf-Team von Donald Trump gegeben hat, hofft die russische Seite auf diplomatische Entspannung.

Hillary Clinton hatte einen ablehnenden Ton gegenüber Russland in Bezug auf die Außenpolitik, wohingegen Trump bisher keine klaren Positionen in vielen sicherheitspolitischen Fragen formuliert hat.

Trumps kritische Einstellung zur NATO kommt Russland entgegen - das Militärbündnis plant 300.000 Soldaten an der russischen Grenze im Baltikum in erhöhter Alarmbereitschaft zu stationieren. Damit wäre die nächste Eskalationsstufe erreicht. NATO-Generalsekretär Stoltenberg bezichtigt Russland der Propaganda in NATO-Ländern und erhöhter militärischer Aktivität.

### KOMMENTAR

»Lektionen für Europa aus der US-Wahl«

Von Alice Greschkow

Während Trump auf der anderen Seite des Atlantiks triumphiert, zittern in Europa immer mehr Bürger und vor allem Politiker der etablierten Parteien. Zu viele Parallelen können zwischen den USA und der EU gezogen werden - der Populismus erstarkt, Politiker können aggressiv so stark difframiert werden, dass sie als unwählbar gelten, die Demoskopie hat immer größere Schwierigkeiten die gesellschaftliche Stimmung abzubilden, die populärsten Medien sind von sozialliberalen Journalisten besetzt und werden für ihre politische Positionierung zunehmend als subjektiv und gleichgeschaltet bezeichnet und die abgehängten Bürger politisieren sich wieder.

Als wäre der Brexit nicht genug gewesen, schaudert es so manchem vor dem nächsten Jahr, in dem Marine Le Pen und Geert Wilders Staatsoberhäupter von Frankreich und den Niederlanden werden könnten. Tatsächlich ist es ebenfalls in Deutschland schwer abzuschätzen, was bei der Bundestagswahl 2017 passieren wird. Seit den 1970-ern ist die Wahlbeteiligung um 20% auf knapp über 70% gestiegen - ein Fünftel des Elektors können Entscheidungen treffen, die man jetzt nicht prognostizieren kann. Die Politik darf vor diesen Menschen, die wütend und frustriert sind, nicht wegschauen! Man muss begreifen, dass Globalisierung nicht für jeden Chancen brachte, dass Outsourcing bereits in den 1990-ern vermeintlich sichere Jobs auch in Deutschland wegbrechen ließ und die Geschwindigkeit der Veränderungen viele Bürger überfordert. Man kann - und man muss! - diejenigen wieder abholen, um die man sich nicht mehr bemüht, sonst überlässt man das Feld kampfflos den Populisten, indem man demonstriert, dass der Aufwand sich bei diesen Gruppen nicht zu lohnen scheint.

Ein erster Schritt wäre, das Zuhören wieder zu lernen und zu begreifen, was Menschen Angst macht. Ein weiterer Schritt wäre, digitale Echokammern von einseitigen Algorithmen zu befreien, um Austausch zu ermöglichen. Ein dritter wichtiger Schritt wäre zu beweisen und vorzuleben, dass die politische Klasse und soziale Gerechtigkeit sich nicht gegenseitig ausschließen. Sonst wird die "Demokratie ohne Demokraten" zum Treppwitz unserer Zeit.

### BUNTES AUS BERLIN

#### CANOVA UND DER TANZ

Freunde des Neoklassizismus haben bis zum 22. Januar die Gelegenheit im Bode-Museum die Ausstellung "Canova und der Tanz" zu besuchen.

Der italienische Bildhauer Antonio Canova (1757 - 1822) gilt als bedeutendster Vertreter dieser Epoche und widmete sich - zwar nicht ausschließlich - aber mit großer Vorliebe dem Motiv des Tanzes. Besucher können dabei Skizzen, Malereien und be-

rühmte Skulpturen betrachten, die Anmut, Eleganz und Freude des Tanzes ausstrahlen.

Das Bode-Museum bietet neben Individualbesuchen, auch Gruppenbesuche und Workshops zum Tanz und Bewegung an. Ebenfalls finden Kuratorenführungen sowie dialogische Führungen statt und eine Podiumsdiskussion ist für den 14. Januar geplant.

#### IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH  
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin  
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29  
redaktion@hauptstadt-insider.de ·  
www.wiese-consult.com  
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B  
USt-IdNr.: DE259602002  
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement:  
Alice Greschkow  
Telefon 030.810588811  
Auflage: 3.000 gedruckte Exemplare  
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. - Versand- u. Büro-  
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin  
Satz, Layout: Alice Greschkow, Wiese Consult  
erscheint seit März 2007  
Fotos: dpa und Archiv <http://wiese-consult.com/hauptstadt-insider/informationen/>



# INSIDER

## DIE US-WAHLEN: KLARE ZÄSUR – AUCH FÜR EUROPA



Von Roderich Kiesewetter MdB, Obmann des Auswärtigen Ausschusses für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten ist ein Einschnitt für die USA und Europa. In den USA haben wir eine stetig steigende Polarisierung in der letzten Dekade erlebt, auf dessen Nährboden ein Populist ohne Programm Kapital schlagen konnte. Innenpolitisch steht eine Zerreißprobe bevor, trotz einer Mehrheit der Republikaner in beiden Kammern des Kongresses. Nicht alle Vorhaben Trumps werden dort auf Gegenliebe stoßen, sein parteilicher Herausforderer Rubio für die Präsidentennominierung wurde im Senat wiedergewählt. Außenpolitisch kann Trump eigenständiger agieren, muss jedoch zunächst Fuß in der Administration fassen. Die Bildung eines Beraterteams wird nicht einfach – es existiert noch kein Kandidat für den Job als Sicherheitsberater. Die europäischen Nato-Mitglieder

müssen deshalb eine klare Erwartungshaltung an die USA richten, dass diese weiter zur Einheit des Bündnisses stehen. Es muss aber auch eine gemeinsame Agenda der Europäischen Union formuliert werden. Die eigenen außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten und Positionen müssen eng abgestimmt werden. Das betrifft insbesondere die Stabilisierung des Umfelds um Europa. Geklärt werden muss das künftige Engagement der USA und notwendige Beiträge der Europäer, wieviel die EU bereit ist zu leisten – zivil und militärisch. Einer innereuropäischen Spaltung in strategischen Fragen ist vorzubeugen, wie auch eine Spaltung der Nato, beides muss völlig gemeinsam gedacht werden. Hierbei kommt es vor allem auf eine enge Abstimmung zwischen Deutschland und Frankreich an. Bei einer möglichen beschleunigten Abgabe von Verantwortung der USA in der Nato müssen neue Formen sicherheitspolitischer Zusammenarbeit entworfen werden. Großbritannien ist als enger und fähiger Partner in diesen Fragen weiter in die GSPV einzubinden.

Es gilt nun besonnen, nüchtern kalkulierend mit dem neuen Präsidenten Trump umzugehen, eine Schockstarre zu vermeiden und gemeinsame Standpunkte der Europäer zu formulieren. Die USA müssen enger Partner für eine gemeinsame Sicherheitsordnung bleiben, aber Europa muss selbst Antworten auf die sich abzeichnenden Herausforderungen finden.

## DIE BEVÖLKERUNG DER USA WIEDER VERSÖHNEN

Bei der Wahlnacht des Aspen Institutes in der Landesvertretung von Baden-Württemberg, bei der Innenminister Thomas de Maizière, Wirtschaftsminister Gabriel sowie Landwirtschaftsminister Schmidt zu Gast waren, kommentierte US-Botschafter John B. Emerson bereits vor Bekanntwerden des Wahlergebnisses die Perspektive auf sein Land: Egal, wer der nächste Präsident der Vereinigten Staaten sein würde, er müsse es schaffen, die Bürger miteinander zu versöhnen und das Land zu heilen, sagte der Diplomat.

Die US-Amerikaner sind tiefer gespalten, als es vielen bewusst war. Die Hälfte der Republikaner betrachtet das demokratische Programm als eine "Bedrohung" und "gefährlich" und vice versa.

Mit Bekanntwerden des Ergebnisses haben sich diverse Protestgruppen spontan

organisiert, darunter viele Studenten. Trump, der seinen Twitter-Account wieder nutzt, kommentierte dies als unfair - das seien "professionelle" Demonstranten, die von den Medien geleitet wurden.

Sowohl Hillary Clinton, als auch Bernie Sanders haben Trump ihre Unterstützung angeboten, um die polarisierten Bürger wieder zu vereinen. Trump hat ebenfalls bei seiner ersten Ansprache betont, er wolle Präsident aller Amerikaner sein - unabhängig von Rasse und Religion.

Ebenfalls betonte er, die Amerikaner würden Clinton ihren Dank schulden, da sie über eine lange Zeit hart für das Land gearbeitet hätte.

Mittlerweile wurden Kernforderungen von Trump von seiner Website entfernt, unter anderem der Plan, Moslems abzuschieben und Einreisen zu verhindern.

## TALIBAN BEKENNEN SICH ZU ANGRIFF

Der Angriff auf das deutsche Konsulat in Kabul, bei dem sechs Menschen starben und über 120 verletzt wurden, wurde von den Taliban verübt. Die Terrormiliz begrün-

det den Anschlag damit, dass Deutschland mitverantwortlich an einem Luftangriff der USA sei, bei dem 30 Zivilisten zu Tode gekommen waren.

## BAYER IN DEN USA: EINE WELLE VON KLAGEN

Bayer hat Probleme mit dem Blutverdünner Xarelto. Über 14.000 Patientenklagen prasseln auf den Pharmakonzern ein - Bayer soll vorsätzlich jahrelang Informationen zurückgehalten haben, die die Zulassung von Xarelto hätte beeinflussen können, unter anderem, dass eine Vielzahl der Testgeräte für das Mittel in der Kontrollstudie defekt waren.

Nun soll Xarelto, mit dem Bayer weltweit einen Umsatz von zwei Milliarden Euro erwirtschaftet hat, als Hauptgrund für eine Reihe von schwerwiegenden Komplikationen und Todesfällen identifiziert worden sein. Eigentlich sollte Xarelto Schlaganfälle vorbeugen. Bayer streitet die Vorwürfe ab und warnt davor das Mittel ohne Absprache mit einem Arzt abzusetzen.

## BUNDESHAUSHALT 2017 VERABSCHIEDET

Die "schwarze Null" soll trotz Mehrausgaben auch im kommenden Jahr stehen - nach 14 Stunden einigte sich die Große Koalition. Gestiegene Investitionen und ein höherer Haushaltsüberschuss sollen dies ermöglichen. Im Haushaltsplan ist eine bedeutende Aufstockung der Sicherheitskräfte im Anti-Terror-Kampf vorgesehen, sowie ein zweites Sicherheitspaket, nach welchem

bis 2020 876 Millionen Euro für Personal und Sachmittel investiert werden sollen. Ferner sind fünf Milliarden für ein Solidarprojekt eingeplant - sozialer Wohnbau, Maßnahmen gegen Langzeitarbeitslosigkeit sowie für die Integration von Flüchtlingen sind darin vorgesehen. Die Mittel für humanitäre Hilfe im Ausland und Bekämpfung von Fluchtursachen wurden ebenfalls erhöht.



## DER EINFLUSS DER SOZIALEN MEDIEN IN POLITIK UND WAHLKAMPF

Während Facebook-Chef Mark Zuckerberg bestreitet, dass das soziale Netzwerk einen signifikanten Einfluss auf die US-Wahl gehabt hat, werden immer mehr Skeptiker laut, die das Internet als Gefahr für die Demokratie, Pluralismus und Austausch halten.

Zuckerberg wurde dafür kritisiert, dass Facebook durch Algorithmen Filterblasen bilde, die lediglich jene Inhalte zeigt, die einem selbst gefallen könnten - eine Strategie, die besonders für Werbetreibende interessant ist. Er betont allerdings, dass laut einer internen Studie Liberale und Konservative große Überschneidungen in der Nachrichtenrezeption hätten.

Im US-Wahlkampf wurden allerdings 19% der Tweets von Social Bots geschaffen - intelligente Algorithmen formulieren getaktet positive Botschaften über den Kandidaten. So sollen Zielgruppen effizienter erreicht und politische Inhalte prominent platziert werden.

Diese Bots können mit gestohlenen Bildern mittlerweile menschliche Interaktionen sehr gut nachahmen - sie kommentieren

und teilen Tweets von anderen.

Forscher der Information Sciences Institute und der USC Viterbi School of Engineering untersuchten 20 Millionen Tweets im September und Oktober und sahen dabei unterschiedliche Herangehensweisen beider Präsidentschaftskandidaten: Während die Pro-Trump-Bots primär darauf abzielten, ihn sympathisch und positiv darzustellen, reproduzierten die Pro-Clinton-Bots häufiger Angriffe des politischen Gegners. Die Social Bots suggerieren zudem, dass eine kritische Masse bei bestimmten Positionen, Parteien oder Politikern erreicht wurde und machen somit neue Debatten jeder Coleur salonfähig.

Was dies für die Bundestagswahl im kommenden Jahr bedeutet, ist noch offen. Die AfD, die sehr viele Sympathisanten online erreicht, hat bereits angekündigt Social Bots einsetzen zu wollen.

Auf Facebook hat die rechtspopulistische Partei mehr Anhänger als beide Regierungsparteien zusammen und ein enormes digitales Mobilisierungspotenzial. Alle anderen Parteien lehnen Social Bots ab.

## PERSONALIEN

## BREYMAIER UND BOOS FÜHREN SPD BADEN-WÜRTTEMBERG

Leni Breymaier (56, SPD) ist auf dem Parteitag am 22. Oktober zur neuen Landesvorsitzenden der SPD Baden-Württemberg gewählt worden. Sie folgt auf Nils Schmid, der nicht wieder für den Parteivorsitz kandidierte. Luisa Boos (32) wurde zur neuen Generalsekretärin der SPD Baden-Württemberg gewählt. Sie folgt auf Katja Mast, die aufgrund des schlechten Abschneidens der SPD bei der Landtagswahl zurückgetreten war.

## HEESCH IST LANDESGESCHÄFTSFÜHRER DER JUNGEN UNION HAMBURG

Cornelius Heesch (30) ist seit dem 1. November Landesgeschäftsführer der Jungen Union Hamburg. Er folgt auf Markus Ruschke, der zur Elfnullleif Beratungsgesellschaft für Strategie und politische Kommunikation nach Berlin gewechselt ist. Heesch ist seit der Bürgerschaftswahl 2015 als Büroleiter des Landesvorsitzenden Carsten Ovens (CDU) tätig. Diese Position wird er auch weiterhin innehaben. Auch als Geschäftsführer der Jungen Union Hamburg berichtet er an Ovens.

## LATEINAMERIKA-FORUM ZU ERNEUERBAREN ENERGIEN IN BOLIVIEN

Eine Diskussionsveranstaltung des Lateinamerika-Forums findet am 17.11. ab 19 Uhr zum Thema „Braucht Bolivien mehr erneuerbare Energien?“ statt. Unter anderem werden der boliviarische Botschafter S.E. Jorge Cárdenas Robles, Eva Schubert vom Verein zur Förderung alternativer Energien in der Karibik und Markus Winter von der energiewächter GmbH dabei sein. Die Diskussion findet im Lateinamerika-Forum in der Bismarckstraße 101, 10625 Berlin statt. (Anmeldung erforderlich)

## WORTE DER WOCHE

»Wir wollen nicht, dass Terrorismus in Deutschland stattfindet, und wir wollen nicht, dass Terrorismus aus Deutschland exportiert wird.«

Bundesinnenminister Thomas de Maizière zur Festnahme von fünf mutmaßlichen IS-Untersüßern, die Mitglieder für die Terrormiliz Islamischer Staat geworben haben soll.

»Wenn Mr. Trump ernsthaft eine Politik verfolgt, die das Leben der Arbeiterfamilien in unserem Land verbessert, dann bin ich und sind andere progressive Kräfte bereit, mit ihm zusammen zu arbeiten. Falls Trump hingegen eine rassistische, sexistische, fremdenfeindliche und umweltschädliche Politik verfolgt, werde ich mich energisch widersetzen.«

Senator Bernie Sanders bietet Donald Trump Zusammenarbeit an.

»Der Verbrennungsmotor verschwindet nicht.«

Stefan Wolf, Chef des Autozulieferers Elring-Klinger.

»In Europa wird der Antiamerikanismus noch mehr Auftrieb bekommen, bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein.«

Der ehemalige Außenminister Joschka Fischer über die politische Zukunft in Europa.

»Wir sind bereit, unseren Teil beizutragen, um das russisch-amerikanische Verhältnis auf eine stabile Bahn zu lenken.«

Wladimir Putin betont seine Bereitschaft zur Annäherung mit den USA.

»Wenn die Stahlindustrie wegbricht, geht nicht nur Wirtschaftskompetenz verloren, sondern es wäre eine ganze Wertschöpfungskette in Gefahr.«

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel anlässlich der Protestbekundung europäischer Stahlarbeiter.

»Fast alle wollen ein Einwanderungsgesetz. Wir legen es heute vor.«

Thomas Oppermann, SPD-Fraktionschef, zum Entwurf des Einwanderungsgesetzes.

»Wir ergänzen einander wirtschaftlich gut, unsere Zusammenarbeit hat großes Potenzial.«

Li Keqiang, chinesischer Regierungschef, über den Versuch den bilateralen Handel zwischen Russland und China wieder aufleben zu lassen.

»Wir schulden ihr enorme Dankbarkeit.«

Donald Trump über Hillary Clinton nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses.

»Was der Westen sagt, zählt nichts; es zählt was mein Volk sagt.«

Recep Tayyip Erdogan, türkischer Staatschef.

»Die Frage Rot-Rot-Grün entscheidet sich daran, ob die Partei Die Linke bereit ist, ins 21. Jahrhundert zu reisen.«

Martin Schulz, EU-Parlamentspräsident, über eine mögliche Koalition mit der Linken.

## TERMINE

## 14.11. BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG ZUR AUFARBEITUNG DER STASI-AKTEN

Filmpremiere und Diskussionsveranstaltung der Bundeszentrale für politische Bildung zum Thema „Aufarbeiten? Aussöhnen? Aufhören? Vom Nutzen der Stasiakten für die Next Generation“, u.a. mit der ehemaligen Bundestagsabgeordneten Angela Marquardt, dem Schauspieler Andreas Schmidt-Schaller und dem Professor für Malerei und Grafik an der Hochschule der Bildenden Künste Dresden Prof. Ralf Kerbach Bundeszentrale für Politische Bildung, Friedrichstraße 50, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich)

## 16.11. BERLINER WIRTSCHAFTSGESPRÄCHE ZUR ÖKONOMISIERUNG DER MEDIZIN

Gesprächsveranstaltung der Berliner Wirtschaftsgespräche zum Thema „Ökonomisierung der Medizin“, u.a. mit dem Bereichsleiter Firmenkunden bei der Deutschen Apotheker- und Ärztebank Michael Gabler, dem Leiter des Referates Ethik im Gesundheitswesen, Sachverständigenrat Gesundheit im Bundesgesundheitsministerium Frank Niggemeier und der stellvertretenden Vorsitzende der Berliner Krankenhausgesellschaft Dr. Andrea Grebe Deutsche Apotheker- und Ärztebank Berlin, Kantstraße 129, 10625 Berlin (kostenpflichtig, Beginn: 18 Uhr)